

Niederschrift

über die 30. Sitzung des Rates der Stadt Kierspe am Dienstag, 31.03.2009,
im Rathaus der Stadt Kierspe, Ratssaal, Springerweg 21, 58566 Kierspe

Beginn: 17.00 Uhr

Ende: 20.03 Uhr

Anwesend:

Frank Emde

Bürgermeister

Herbert Aschenbrenner

Monika Baukloh

Horst Becker

Karl-Friedrich Bengelsträter

Oliver Busch

ab 17.11 Uhr, Pkt. 1.3.1

Petra Crone

Karin Derksen

Friedhelm Fernholz

Dieter Grafe

Armin Jung

Gerd Kleinfeld

Klaus Krämer

Martin Kulosa

Marie-Luise Linde

Carsten Möller

Christian Reppel

Jürgen Rothstein

Gerdt Rubel

Bernhard Schölzel

Gisela Sikora

Helga Stahl

Bernd Stubenrauch

Jürgen Tofote

Uwe Treff

Ralf Ullrich

Marc Voswinkel

Dieter Waldhelm

Clemens Wieland

Es fehlen:

Erich Mürmann

Hermann Reyher

Jürgen Rittinghaus

Holger Scheel

Peter Schrade

Martin Werner

Von der Verwaltung anwesend:

Martin Gebhardt

Stadtkämmerer

Kurt Ackermann

Sachgebiet 20

Axel Boshamer

Sachgebiet 32

Peter Feltens

Sachgebiet 61

Georg Seidel

Schriftführerin

Bürgermeister Frank Emde eröffnet und leitet die Sitzung. Er stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Rates fest.

1. Öffentlicher Teil

Vor Eintritt in die Tagesordnung teilt Herr Emde folgende Änderungen mit:

Unter Punkt 1.4 soll auch eine Neubesetzung im Sport- und Jugendausschuss beschlossen werden.

Als neuer Punkt 1.7 wird das Konjunkturprogramm II mit den Vorlagen 844 und 854 aufgenommen.

Die bisherigen Punkte 1.7 bis 1.12 werden die Punkte 1.8 - 1.13.

Zu Punkt 1.8 wird die Vorlage 851 neu vorgelegt.

Als neuer Punkt 1.11 wird die Allianz für den Sport mit der Vorlage 826 aufgenommen.

Die bereits geänderten Punkte 1.11 – 1.13 werden die Punkte 1.12 – 1.14.

Widerspruch ergibt sich nicht.

Die Tagesordnung wird sodann wie folgt abgewickelt:

1.1 1. Stunde der Öffentlichkeit / Einwohnerfragestunde

Herr Ulrich Hermann fragt an, wann verlässliche Zahlen zum Gewerbesteueraufkommen vorliegen und ob die Firma Lidl Gewerbesteuerzahler ist. Herr Emde teilt mit, dass aus Gründen des Steuergeheimnisses und des Datenschutzes zur Gewerbesteuerzahlung eine Auskunft nicht möglich ist. Verlässliche Zahlen zum Gewerbesteueraufkommen liegen zur Zeit nicht vor. Bei der Gewerbesteuer ist gegenüber dem Haushaltsansatz für 2009 von einem Minus von 1,9 Mio. € auszugehen. Dadurch ergibt sich auch eine geringere Gewerbesteuerumlage, so dass Netto mit 1,6 Mio. € minus zu rechnen ist.

1.2 Bericht über die Ausführung der Beschlüsse

Herr Seidel teilt mit, dass die Anträge der UWG-Fraktion

1.4.1 Aufstieg „Lauseberg“ an den Ausschuss für Stadtentwicklung, Planung und Wirtschaftsförderung und

1.4.2 Fußweg zum Gewerbegebiet „Kiersperhagen“ an den Ausschuss für Bauen und Umwelt verwiesen sind,

1.5 die Neubesetzung der Ausschüsse vollzogen ist,

1.7 die 8. Änderung der Hauptsatzung veröffentlicht wurde und damit in Kraft getreten ist,
1.8 der Beschluss über die Eröffnungsbilanz 2007 und die Entlastung des Bürgermeisters veröffentlicht ist,

1.9 die Ermächtigungsübertragung 2007 nach 2008 vorgenommen wurde,

1.12 zum Genehmigungsverfahren nach § 4 Bundesimmissionsschutzgesetz die Stellungnahme der Stadt Kierspe mit den Änderungen am 04.02.2009 dem Märkischen Kreis zugesandt wurde.

1.3 Anträge der Fraktionen

1.3.1 Antrag der CDU-Fraktion vom 17.02.2009, eingegangen am 17.02.2009: Brücke Mühlen- Schmidthausen – Vorlage 853

Herr Tofote begründet den Antrag.

Danach beschließt der Rat einstimmig:

Der Antrag der CDU-Fraktion vom 17.02.2009 wird an den Ausschuss für Bauen und Umwelt verwiesen.

1.3.2 Antrag der SPD-Fraktion vom 10.03.2009, eingegangen am 11.03.2009;
Antrag zur geplanten Kommunalwahl am 30.08.2009 – Vorlage 848

Herr Voswinkel begründet den Antrag.

Es ergibt sich eine längere Diskussion, während der Herr Voswinkel, Herr Busch und Frau Crone den Antrag unterstützen. Dagegen sprechen sich Herr Tofote, Herr Grafe, Herr Kulosa und Herr Jung gegen den Antrag im Hinblick auf das anstehende Verfahren vor dem Verfassungsgerichtshof aus. Bürgermeister Emde teilt mit, dass er sich am 13.03.2009 aufgrund einer allgemeinen Bürgermeisterinitiative an den Ministerpräsidenten gewandt hat.

Mit 9 Ja-Stimmen, 18 Gegenstimmen und 2 Enthaltungen wird der Antrag abgelehnt.

1.3.3 Antrag der SPD- Fraktion vom 16.03.2009, eingegangen am 17.03.2009;
Einbau einer Videosprechanlage an der Rathausrampe – Vorlage 850

Frau Stahl begründet den Antrag.

Danach beschließt der Rat ohne Aussprache einstimmig:

Der Antrag der SPD-Fraktion vom 16.03.2009 wird an den Ausschuss für Bauen und Umwelt verwiesen.

1.4 Bestimmung eines Ausschussvorsitzenden und eines stellvertretenden
Ausschussvorsitzenden;
Sport- und Jugendausschuss – Vorlage 847

Herr Emde teilt mit, dass die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen eine Neubesetzung im Sport- und Jugendausschuss wünscht. Sachkundige Bürgerin anstelle von Bernd Windisch soll Anke Pies werden.

Danach beschließt der Rat einstimmig:

- a) Von der Bestimmung von Herrn Christian Reppel zum Vorsitzenden des Sport- und Jugendausschusses und seinem Stellvertreter Ralf Ullrich nimmt der Rat Kenntnis.
- b) Neue sachkundige Bürgerin im Sport- und Jugendausschuss für Bernd Windisch ist Anke Pies.

1.5 Bestellung eines Umweltbeauftragten

1.5.1 Anregung gem. § 24 GO NRW der Wählergemeinschaft Pro Kierspe vom 08.01.2009 –
Vorlage 840

Herr Emde verweist auf die Beratung im Hauptausschuss und die Modifizierung der Anregung vom 19.03.2009 durch die Wählergemeinschaft Pro Kierspe.

Ohne Aussprache beschließt der Rat einstimmig:

Die Anregung der Wählergemeinschaft Pro Kierspe wird zur Erledigung an den Bürgermeister verwiesen.

1.5.2 Antrag des Ratsmitgliedes Klaus Krämer vom 28.01.2009 – Vorlage 841

Herr Krämer begründet seinen Antrag und weist darauf hin, dass die Sachgebiete in Umweltfragen gut aufgestellt sind.

Danach beschließt der Rat bei einer Stimmenthaltung:

Es wird kein Umweltbeauftragter eingestellt.

1.6 Einrichtung eines weiteren Angebotes im Rahmen der Offenen Ganztagschule – Vorlage 824

Herr Emde erläutert den Deckungsvorschlag für den einmaligen Zuschuss zur Gestaltung der Räume und der Materialbeschaffung.

Ohne Aussprache beschließt der Rat danach einstimmig:

Die Einrichtung eines zusätzlichen Angebotes im Rahmen der Offenen Ganztagschule (OGS) an der Bismarckschule ab dem Schuljahr 2009/2010 wird beschlossen.

1.7 Konjunkturpaket II – Vorlage 844 / 854

Herr Emde teilt mit, dass für Infrastrukturmaßnahmen noch keine Vorschläge unterbreitet werden können, weil das entsprechende Landesgesetz zur Umsetzung erst am 02.04.2009 im Landtag verabschiedet werden soll. Dennoch wird vorgeschlagen, zwei weitere Maßnahmen beim Haushaltsplan vorsorglich als Ausnahmen bestätigen zu lassen, weil deren Umsetzung denkbar ist.

Frau Crone regt an, die Maßnahmen für das Infrastrukturprogramm gegebenenfalls in einer Sondersitzung des Hauptausschusses zu beschließen. Herr Emde ist dagegen der Ansicht, dass diese Maßnahmen durchaus mit der Sitzung im Mai beschlossen werden können. Zur Beschlussfassung verweist er auf die Beschlussempfehlung des Hauptausschusses mit den dort aufgeführten Maßnahmen.

Danach beschließt der Rat einstimmig:

Die Mittelzuweisung für die Zukunftsinvestitionen im Rahmen des Konjunkturprogramms II für den Investitionsschwerpunkt Bildung in Höhe von 1.156.505 Euro soll für die nachstehenden Maßnahmen verwendet werden.

Kostenschätzung für Instandhaltungsmaßnahmen

Gesamtschule

1.	Eingangstüren Mensa + PZ	45.000,00 €
2.	Eingangstüren Verwaltung	30.000,00 €
3.	Dachebene zur Kastanienallee Türme B+C	160.000,00 €
4.	Heizkörper erneuern Türme B+C	50.000,00 €
5.	PZ-Beleuchtung	40.000,00 €
6.	Erneuerung Fenster Freizeitbereich	30.000,00 €
7.	Turm A Fenstersanierung (teils mit Sonnenschutz)	200.000,00 €
8.	Mensa	
	Beleuchtung	24.000,00 €
		<hr/>
		579.000,00 €

Danach beschließt der Rat einstimmig:

Der Rat der Stadt Kierspe stimmt dem Entwurf der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2009 zu und erlässt gem. § 78 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen eine Haushaltssatzung mit folgenden Festsetzungen:

1. des Haushaltsplanes
 - a) im Ergebnisplan unter Angabe des Gesamtbetrages der Erträge und der Aufwendungen des Haushaltsjahres,
 - aa) mit Ausnahme von Maßnahmen aus der Produktgruppe 001.013, Grundstücks- und Gebäudemanagement:

1. Beleuchtung Mensa	32.000,00 €
2. Heizkörper GSK	15.000,00 €
3. Betonfassade Bismarckschule	50.000,00 €
 - ab) mit Ausnahme von Maßnahmen aus der Produktgruppe 012.001, Öffentliche Verkehrsflächen:

4. Wirtschaftswegebau Immelscheid-Linden	25.000,00 €
5. Wirtschaftswegebau Vorderste Vornberg-Linden	33.000,00 €
 - b) im Finanzplan unter Angabe des Gesamtbetrages der Einzahlungen und Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit, des Gesamtbetrages der Einzahlungen und Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit und aus der Finanzierungstätigkeit des Haushaltsjahres,
 - bb) die Ausnahmen bei aa) und ab) gelten auch für den Finanzplan,
 - c) unter Angabe der vorgesehenen Kreditaufnahmen für Investitionen (Kreditermächtigung),
 - d) unter Angabe der vorgesehenen Ermächtigungen zum Eingehen von Verpflichtungen, die künftige Haushaltsjahre mit Auszahlungen für Investitionen belasten (Verpflichtungsermächtigungen),
2. der Inanspruchnahme der Ausgleichsrücklage,
3. des Höchstbetrages der Kredite zur Liquiditätssicherung,
4. der Steuersätze,
5. des Stellenplanes.
6. Die gegen den Haushaltsplan erhobenen Einwendungen werden zurückgewiesen.

1.9 1. Fortschreibung des Brandschutzbedarfsplanes der Stadt Kierspe – Vorlage 635

Für Herrn Reppel ist die Zusammenarbeit mit der Feuerwehr ein hohes Ziel. Herr Emde ergänzt, dass Herausforderungen auf die Feuerwehr auch in der Zukunft zukommen werden.

Danach beschließt der Rat einstimmig die 1. Fortschreibung des Brandschutzbedarfsplanes.

1.10 Bebauungspläne

1.10.1 Bebauungsplan Nr. 0267/4-76- „Östlich Rathaus Teil I“; Erneuter Offenlegungsbeschluss gem. § 214 Abs. 4 BauGB – Vorlage 838

Bei einer Gegenstimme beschließt der Rat:

Der Bebauungsplan Nr. 0267/4-76- „Östlich Rathaus Teil I“ wird mit Begründung und Umweltbericht auf die Dauer eines Monats gem. § 214 Abs. 4 BauGB in einem ergänzendem Verfahren erneut öffentlich ausgelegt. Die nach § 4 BauGB zu Beteiligten werden von der erneuten öffentlichen Auslegung benachrichtigt. Die Belange des § 1 Absätze 4 bis 7 BauGB wurden gerecht gegeneinander und untereinander abgewogen, die Erschließungsmaßnahmen werden auf der Grundlage des § 128 Abs. 2 BauGB weitergeführt.

1.10.2 Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 18 „Seniorenzentrum Östlich Rathaus“ gem. § 12 BauGB; Aufstellungsbeschluss – Vorlage 837

Herr Voswinkel begründet sein abweichendes Stimmverhalten.

Bei 17 Ja-Stimmen, 8 Gegenstimmen und 3 Stimmenthaltungen beschließt der Rat:

Das Verfahren zur Aufstellung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 18 „Seniorenzentrum Östlich Rathaus“ wird gemäß § 12 BauGB eingeleitet. Grundlage ist der vom Vorhabenträger beantragte und mit der Stadt Kierspe abzustimmende Vorhaben- und Erschließungsplan einschließlich der Begründung sowie des Durchführungsvertrages.

Das Plangebiet umfasst Teile des Flurstückes Nr. 887 aus der Flur 38 in der Gemarkung Kierspe und wird wie folgt umgrenzt:

Im Süden:	durch Bauflächen an der Montigny-Allee
Im Osten:	durch eine SPE-Fläche
Im Westen:	durch die Montigny-Allee
Im Norden:	durch einen geplanten Fußweg

Eine Übersicht des Plangebietes ist beigefügt (Anlage 7).

Vor Beschlussfassung zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan ist die Beteiligung der Bürger und der Träger öffentlicher Belange gemäß §§ 3 und 4 BauGB durchzuführen.

1.10.3 12. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 0166/4-20- „Gewerbe- und Industriegebiet Wildenkuhlen II“:
Änderungsbeschluss – Vorlage 836

Ohne Aussprache beschließt der Rat einstimmig:

Gemäß § 2 Abs. 4 Baugesetzbuch (BauGB) werden im Bereich des Bebauungsplanes Nr. 0166/4-20- „Gewerbe- und Industriegebiet Wildenkuhlen II“ die überbaubaren gewerblichen Bauflächen erweitert, um für einen dort ansässigen Gewerbebetrieb Erweiterungsmöglichkeiten zu schaffen.

Vor Beschlussfassung ist die Beteiligung der Bürger und der Träger öffentlicher Belange gemäß § 3 Abs. 2 und § 4 BauGB durchzuführen.

Die Durchführung der Bürgerbeteiligung erfolgt gemäß § 5 Abs. 1 der Richtlinien der Stadt Kierspe zur Regelung des Verfahrens der Bürgerbeteiligung als Bürgerbeteiligung im Regelfall.

1.11 Vertrag „Allianz für den Sport“ – Vorlage 826

Ohne Aussprache beschließt der Rat bei einer Gegenstimme:

Die Verwaltung wird beauftragt den Vertrag „Allianz für den Sport“ nach dem gemeinsamen Entwurf von Stadtsportverband und Stadt aus Februar 2009 zu schließen.

1.12 Mitteilungen

1.12.1 Frau Baukloh teilt mit, dass Mitarbeiter eines Sicherheitsdienstes, der für die Stadt tätig ist, in einem Filmbeitrag im Fernsehen mitgewirkt haben. Sie fand die Situation ausgesprochen peinlich.

1.12.2 Frau Baukloh teilt mit, dass sie eine Toilette in der Gesamtschule gesehen hat, bei der die Abluft sofort nach außen geführt wird. Sie hält das für Energieverschwendung. Vielleicht lässt sich dies verändern.

1.13 Anfragen

1.13.1 Herr Wieland fragt an, wie es zur Zeit um die ärztliche Notfallversorgung steht, zumal 2000 Unterschriften durch den Bürgermeister der Kassenärztlichen Vereinigung überreicht worden sind.

Herr Emde teilt mit, dass es ein Gespräch mit der Ärzteschaft und der Kassenärztlichen Vereinigung gegeben hat. Eine Reduzierung der Bezirke bei der Versorgung soll zur Zeit nicht stattfinden sondern verschoben werden. Die Thematik wird in der nächsten Bürgermeisterkonferenz besprochen.

1.13.2 Herr Möller bezieht sich auf frühere freiwillige Haushaltssicherungskonzepte und fragt an, warum für dieses Jahr keines erstellt worden ist.

Herr Emde teilt mit, dass im Notfall auch Haushaltssperren verhängt werden. Allerdings ist der Gedanke des Sparens bei den Mitarbeitern in der Zwischenzeit verfestigt.

- 1.13.3 Frau Baukloh fragt an, ob durch die Mitarbeiter des Sicherheitsdienstes auch Bußgelder oder andere hoheitliche Maßnahmen durchgeführt werden.

Herr Emde teilt mit, dass es mit dem Sicherheitsdienst Verträge gibt. Die Darstellung in dieser Sendung war nicht gut, die Praxis zeigt jedoch eine gute Arbeit. Herr Boshamer ergänzt, dass der Einsatz von Hilfskräften für die Ordnungsbehörde zulässig ist. Hoheitliche Aufgaben sind aber nicht durchgeführt worden. Es handelt sich weitgehend um Überwachungsaufgaben. Regelungen, Bußgelder und Anzeigen werden durch die Verwaltung bearbeitet.

- 1.13.4 Herr Voswinkel teilt mit, dass sein Antrag „Kein Kind ohne Mahlzeit“ durch den Rat abgelehnt worden ist. Er fragt an, ob die Fraktionen sich vorstellen können ihr Sitzungsgeld für die heutige Sitzung zur Verfügung zu stellen, um eine Anschubfinanzierung für eine Maßnahme in Kierspe zu erreichen. Herr Tofote weist darauf hin, dass zunächst die Entscheidung der Landesregierung abgewartet werden soll. Dies wird von Herrn Waldhelm, Herr Kulosa und Herrn Jung unterstützt.

- 1.13.5 Herr Waldhelm fragt an, ob in dem Bereich Eichenweg, Thingslindestraße, Lindenstraße ein Halteverbot eingerichtet werden kann, weil es wegen hohen Verkehrsaufkommens dort zu unhaltbaren Zuständen kommt.

Herr Boshamer teilt mit, dass der Märkische Kreis eine Regelung abgelehnt hat. Es ist geplant, die Anwohner in dem fraglichen Bereich anzuschreiben, damit sie eine andere Parkmöglichkeit nutzen.

1.14 2. Stunde der Öffentlichkeit / Einwohnerfragestunde

Herr Markus Eidam bezieht sich auf Punkt 1.3.3 und fragt an, warum eine Videosprechanlage eingebaut werden soll. Es könnte eine Klingel ausreichend sein.

Herr Emde teilt mit, dass die Beratung im zuständigen Ausschuss stattfinden wird und solche Detailfragen dort behandelt werden.

Danach schließt Bürgermeister Emde den öffentlichen Teil der Sitzung und dankt der Öffentlichkeit für das Interesse.

Fraktion im Rat der Stadt Kierspe

Vorsitzender: Jürgen Tofote
Anschrift: Höherstraße 25, 58566 Kierspe
Telefon: 02359 4311
eMail: juergen.tofote@web.de

Stellungnahme der CDU-Fraktion zum Haushalt 2009

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren!

In der Ratssitzung am 27.01.09 konnte Bürgermeister Emde einen ausgeglichenen Haushaltsplan 2009 vorstellen. Er verwies jedoch darauf, dass der vorgelegte Haushaltsplan eine Momentaufnahme darstellen würde.

Trotz weiterer Aufgabenzuweisungen durch Bund und Land mit zusätzlichen finanziellen Belastungen und Einschnitten für die Kommunen war es dem Kämmerer mit seinem Team gelungen, durch zusätzliche Einsparungen einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen. Der Haushalt 2009 wird nach wie vor durch Aufgabenzuweisungen von Bund und Land beeinträchtigt. Daran hat sich nichts geändert! Zusätzlich kommen nun die Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise hinzu. Die globale Finanzkrise, die sich bereits zur Wirtschaftskrise ausgeweitet hat, bringt die gerade erst begonnene Konsolidierung der Kommunalfinanzen in Gefahr. Das ist bereits an den aktuellen Einbrüchen bei den Steuereinnahmen zu erkennen.

Ich möchte nun einige Zahlen des Haushaltsplans 2009 aufgreifen. Erträge: 30,924 Mio. €, Aufwendungen: 33,659 Mio. €, Jahresbezogenes Defizit: 2,735 Mio. €. Durch Mittelkürzungen in allen Bereichen konnte erreicht werden, dass die Aufwendungen unter das Niveau des Vorjahrs gesenkt werden konnten. Damit ließ sich jedoch der starke Einbruch bei den Erträgen, insbesondere bei den Schlüsselzuweisungen (rund 1,1 Mio. €) nicht völlig kompensieren.

Ganz erheblich wirken sich die Transferaufwendungen mit insgesamt 15,519 Mio. € auf den Haushalt aus. Diese Summe beinhaltet die Kreisumlage mit rund 11,470 Mio. €. Das ist mehr als ein Drittel der gesamten Aufwendungen. Lag die Kreisumlage im Jahr 2005 noch bei 8.699 Mio. €, so ist sie im Haushalt 2009 mit 11,470 Mio. € veranschlagt. Das ist eine Steigerung von rund 31 Prozent. Auch die Kosten im Zusammenhang mit Hartz IV schlagen bei den Transferleistungen zu Buche. Aus der ursprünglich geplanten Entlastung von rund 600.000 € wurde eine Belastung von rund 700.000 € für den städtischen Haushalt.

Das alles musste von der Kämmerei bei der Aufstellung des Haushaltplanes mit berücksichtigt werden.

Durch Inanspruchnahme der Ausgleichsrücklage konnte der Bürgermeister einen formal

ausgeglichenen Haushaltsplan 2009 vorliegen.

Es bleibt festzustellen, die wirklich großen Ausgabenposten haben wir hier vor Ort weder veranlasst, noch zu verantworten! Das sind die wirklich großen Zahlen, mit denen wir uns jedes Jahr aufs Neue beschäftigen müssen und die den Städten und Gemeinden das Leben oder sagen wir besser das Haushalten schwer machen. Daraus muss zwingend folgen, dass entweder die Aufgabenzuweisungen durch Bund und Land zurück gefahren werden oder aber die Finanzausstattung dringend verbessert wird. Die immer wieder gestellte Forderung nach einer Gemeindefinanzreform stößt bei den Entscheidungsträgern auf taube Ohren.

Die Mehrzahl der Bundes- und Landespolitiker kommen aus der Kommunalpolitik. Leider haben sie den Kontakt zur Basis verloren! Das war jetzt umfangreicher als sonst, musste aber mal gesagt werden!

Gestatten sie mir an dieser Stelle einen kurzen Rückblick. In der zu Ende gehenden Ratsperiode wurde in Kierspe vieles erreicht. Das allerdings nur, weil immer wieder parteiübergreifend zum Wohle unserer Stadt zusammen gearbeitet wurde! Ich möchte hier einige Projekte ansprechen, die entweder bereits abgeschlossen sind oder aber auf den Weg gebracht wurden: Aus- und Umbau Kölner Straße einschließlich Kreuzung Wildenkuhlen und Friedrich-Ebert-Straße mit erheblicher finanzieller Beteiligung der Stadt. Bei der Planung des Lauseberg-Aufstiegs geht es weiter voran. An der Planung der B 237 n wird weiter gearbeitet. Die Instandsetzungsmaßnahmen an der B 237, Ortsdurchfahrt in Rönsahl stehen bevor. Mit dem Fachmarktzentrum Wildenkuhlen wurde die Einkaufssituation in Kierspe deutlich verbessert. Dies wird mittlerweile von vielen Kiersper Bürgerinnen und Bürgern so gesehen! Unser Ziel, nämlich den Kaufkraftabfluss zu stoppen und einen Kaufkraftzufluss zu schaffen, haben wir erreicht.

Ein Blick auf den dortigen gut frequentierten Parkplatz bestätigt mir immer wieder, dass die Entscheidung zum Fachmarktzentrum Wildenkuhlen richtig war. Unsere Erwartungen haben sich mehr als erfüllt. Weitere Attraktivitätssteigerungen sind vorgesehen. Die CDU fordert hier die Schaffung eines Zentralen Versorgungsbereichs. Daran arbeiten wir!

Für den Bereich des ehemaligen Wirtshauses Hamann und der ehemaligen Knabe - Flächen muss eine sinnvolle Ergänzung, wie etwa ansprechende Gastronomie verbunden mit einer optischen Aufwertung für den Bereich Wildenkuhlen gefunden werden.

Das Gewerbegebiet Kiersperhagen wurde realisiert. Die erste Firma hat bereits dort ihren Standort. Weitere Firmen werden folgen. Die Voraussetzungen dafür wurden geschaffen. Die Planung für das Gewerbegebiet Hammerwiesen geht weiter voran. Mit der Planung für das Wohngebiet östlich Rathaus und der Möglichkeit Wohnen für Jung und Alt und auch seniorengerechtem Wohnen sind wir auf dem richtigen Weg. Diese Planung steht im Einklang mit dem Regionalplan und dem Flächennutzungsplan. Dies wurde übrigens im OVG-Urteil zur Normenkontrollklage ausdrücklich bestätigt! Wenn wir uns einmal in unseren Nachbarstädten umsehen, stellen wir dort rege Planung und Erschließung von Wohnbauflächen fest. Also können unsere städtebaulichen Planungen doch nicht grundlegend falsch sein.

Die Schaffung der 1. Offenen Ganztagschule an der Pestalozzischule ist ein Erfolgsmodell. Der Bedarf für eine weitere Offene Ganztagschule ist vorhanden, sie wird an der Bismarck- schule entstehen. Musikschule, Stadtbibliothek, Hallenbad und Sportanlagen bleiben weiterhin erhalten. Der Schulpsychologische Dienst wird als freiwillige Leistung der Stadt Kierspe beibehalten. An Stelle der abgebrannten Dreifeldturnhalle ist eine moderne Vierfeldturnhalle entstanden. Die Brandschutzmaßnahmen an den Kiersper Schulen werden weiter fortgeführt. Investitionen in den Umweltschutz, wie etwa das sicher kostenintensive Abwasserbeseitigungskonzept, sowie Investitionen in die städtischen Gebäude zur Energieeinsparung stehen weiter auf dem Plan. Gemeinsam haben wir für die Verbesserung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung in Kierspe durch mehr sichtbare Polizeipräsenz und den Einsatz des privaten Sicherheitsdienstes gesorgt. Die vor einigen Jahren beabsichtigten Kürzungen im Rettungsdienstbedarfsplan des Märkischen Kreises haben wir ebenfalls gemeinsam erfolgreich abgewehrt. Eine drohende Verschlechterung des ärztlichen Notfalldienstes werden wir ebenfalls nicht hinnehmen! Da werden wir unsere Kontakte zur Landespolitik weiter nutzen.

Die CDU möchte mit einer guten städtischen Infrastruktur ein lebens- und liebenswertes Kierspe erhalten! Diese Auflistung ist nicht vollständig. Sie zeigt aber doch, dass nur gemeinsam etwas bewegt werden kann!

Nur so kann es gehen, denn keine der im Rat vertretenen Fraktionen hat die absolute Mehrheit und kann deshalb irgendwelche Verdienste für sich alleine reklamieren!

In der Politik muss man Mehrheiten finden und Kompromisse schließen können. Mit fundamentaler Opposition ist auf kommunaler Ebene niemandem, am wenigsten den Bürgerinnen und Bürgern gedient!

Ich komme zurück zum Haushaltsplan 2009.

Die Stadt Kierspe erhält für Zukunftsinvestitionen Mittel aus dem Konjunkturprogramm II in Höhe von 1.945.756 €. Die von der Verwaltung mit der Prioritätenliste vorgestellten Maßnahmen finden unsere Zustimmung und sollten zügig umgesetzt werden. Damit leisten wir einen Beitrag zur Verbesserung der wirtschaftlichen Situation vor Ort und erreichen außerdem langfristige Einsparungen im Haushalt.

Die eingangs erwähnte Finanz- und Wirtschaftskrise, ausgelöst durch eine verantwortungs- und hemmungslose Raffgier und Profitsucht, wirkt sich mittlerweile auf die reale Wirtschaft und damit auch auf den städtischen Haushalt aus!

Die bereits erwähnten Einbrüche bei der Gewerbesteuer sind erheblich. Sie konnten aber, wie in der Sitzung des Hauptausschusses am 24. März durch den Kämmerer vorgestellt, ausgeglichen werden. Ich glaube, dass ich auf die Wiederholung der Zahlen verzichten kann. Sie sind allen Anwesenden bekannt. Der Herr Bürgermeister hat in der gleichen Sitzung die Situation der Stadt Kierspe sehr deutlich dargestellt und darauf hingewiesen, dass die Verwaltung einen beschlossenen Haushaltsplan als Arbeitsgrundlage benötigt. Damit wäre die weitere Handlungsfähigkeit gegeben. Diese Aussage wurde durch die Kommunalaufsicht bestätigt. Außergewöhnliche Situationen erfordern außergewöhnliche Maßnahmen. Die momentane Lage

ist nur gemeinsam zu bewältigen!

Die CDU-Fraktion geht davon aus, dass die Verwaltung bei einer finanziellen Schieflage die entsprechenden haushaltsrechtlichen Instrumente wie Nachtragshaushalt oder Haushaltssperre einsetzen wird. Diese Zusage hat der Verwaltungsvorstand in der Sitzung des Hauptausschusses gegeben.

Deshalb stimmt die CDU-Fraktion dem vorgelegten Haushaltsplan 2009 zu.

Ich möchte nicht versäumen, im Namen der CDU-Fraktion allen ehrenamtlich tätigen Bürgerinnen und Bürgern in unserer Stadt für ihr persönliches Engagement zu danken. Sie tragen damit erheblich zum Wohle unseres Gemeinwesens bei!

Ich bedanke mich im Namen der CDU-Fraktion bei allen Verwaltungsmitarbeitern und dem Herrn Bürgermeister für die geleistete Arbeit.

Besonderer Dank gilt traditionell dem Kämmerer Martin Gebhardt und seinem Team für geleistete Arbeit und die gute Zusammenarbeit.

Jürgen Tofote
Fraktionsvorsitzender

Anlage 2

SPD-Fraktion im Rat der Stadt Kierspe

Vorsitzender: Marc Voswinkel
Anschrift: Buchenweg 2a 58566 Kierspe
Telefon: (0 2359) 906931 privat: (0 2269) 180622
eMail: Marc.Voswinkel@spd-kierspe.de



Kierspe, den 31.03.2009

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Emde,
verehrte Ratskolleginnen und Kollegen,

die Lage für eine Stadt wie Kierspe wird nicht einfacher. Habe ich in 2008 noch die gute Situation im Bereich der Gewerbesteuer gelobt, so ist dies heute Makulatur. Die Finanzkrise ist zu einer Wirtschaftskrise geworden und heute sind es nicht mehr nur Banken und Unternehmen, die betroffen sind, sondern auch die kommunalen Haushalte. Mit großer Wucht trifft diese Entwicklung auch den Haushalt der Stadt Kierspe. Der Kämmerer hat uns im vergangenen Hauptausschuss vorgerechnet, dass wir mit rund 1,9 Millionen Euro weniger Gewerbesteuereinnahmen zu rechnen haben. Die Rückgänge der anteiligen Einkommensteuer als auch im Bereich der Umsatzsteuer sind noch gar nicht erfasst. Schon heute wird in dem uns vorliegenden Haushalt ein Defizit in Höhe von 2,7 Mio. Euro ausgewiesen. Die durch die geringeren Gewerbesteuereinnahmen sich androhenden Ausfälle können gemäß den Worten des Kämmerers ausgeglichen werden. Dennoch zeigen die Zahlen, dass weiterhin Mangel verwaltet wird. Ein Mangel, der sich mehr und mehr in einer sich verringernden Substanz in unserer Stadt wieder spiegelt. Ein für uns unerträglicher Zustand.

Ein Dorn im Auge der Kiersper Politik sind auch die rund 11,5 Mio. Euro die wir als Stadt an den Kreis abführen müssen. Nach der Erhöhung der Kreisumlage um 0,6 Punkte wird es gar noch mehr werden. Das sind zwischen 37 und 38 % der städtischen Erträge und die Tendenz ist weiter steigend. Im vergangenen Jahr waren es noch 33,5 % der städtischen Erträge. Sicherlich übernimmt der Kreis Aufgaben für uns, jedoch bleibt die Frage nach Kosteneinsparungen die auf Kreisebene generiert werden müssen. Fakt ist, dass die Stadt Kierspe nicht mehr sparen kann. Und wenn die Mehrheit im Kreistag noch genug Geld hat, um einen sehr guten Kreisdirektor bei einer Belastung von rund 250.000,00 Euro in den Ruhestand zu schicken, kann die SPD-Fraktion hier die Ernsthaftigkeit der Sparbemühungen wahrlich nicht erkennen.

Die Schuldenlast unserer Kommune wird mit Blick auf die kommenden Jahre weiter ansteigen. Ansonsten sind die notwendigen Maßnahmen nicht mehr finanzierbar. Für die nachfolgenden Generationen ist dies eine Erblast, die durch mangelnde Entscheidungen und Verletzung des Konnexitätsprinzips innerhalb der kommunalen Familie verschuldet ist. Alle Standards, die durch die Landes- und Bundesgesetzgebung veranlasst werden, sollten auch hierüber ausgeglichen werden. Wer die Musik bestellt, der soll sie auch bezahlen.

In den Jahren, in denen ich nun im Rat der Stadt Kierspe bin, ist die Forderung nach einer kommunalen Finanzreform bei allen Fraktionen hörbar. In den vergangenen Jahren ist diese Forderung auch verstärkt sichtbar geworden. Wenn sie sich die städtischen Gebäude, die Ausstattung der Schulen oder unsere Straßen anschauen, wird deutlich, wie groß diese Misere des städtischen Haushaltes ist. Immer größere Aufgaben werden in die Kommunen verlagert und leider werden die Kommunen nicht mit den entsprechenden finanziellen Mitteln ausgestattet, um diese zu erledigen. Hier sind auch meine Parteikolleginnen und -kollegen in der Landes- und Bundpolitik gefragt, eine entsprechende Gesetzesinitiative auf den Weg zu bringen. Gleiches gilt auch für die Kolleginnen und Kollegen der FDP, der Grünen und der Union. Ohne eine solche Maßnahme werden die Kommunen am Ende nicht mehr in der Lage sein, sich den Aufgaben zu widmen, für die sie vor Ort Verantwortung tragen.

Eine neue Brücke in Mühlenschmidthausen wird gefordert? Ist das eine Aufgabe, die wir bei einer solchen Haushaltslage unbedingt stemmen müssen? Ist das eine Aufgabe, die einem Großteil unserer Bürgerinnen und Bürger zu Gute kommt? Nach Meinung der SPD-Fraktion sicherlich nicht. Auf der anderen Seite werden Ausgaben, die sinnvoll sind, wie die Ausdehnung des Programms „Kein Kind ohne Mahlzeit“ auf die Kindergärten abgelehnt. Ausstattungen von Schulen werden nur im notwendigsten Umfang erledigt. Die Verwaltung hat in diesem Bereich sicherlich viel geleistet, aber ist es nicht die Aufgabe der Politik hier Schwerpunkte zu setzen? Sind das nicht die Investitionen in die Zukunft unserer Stadt? Das Konjunkturpaket II der Bundesregierung schafft hier kaum Linderung. Zwar freuen wir uns alle darüber, rund 2 Millionen Euro zu bekommen, jedoch sind die Einsatzmöglichkeiten der Gelder mit Blick auf die grundgesetzlichen Vorgaben sehr

SPD-Fraktion im Rat der Stadt Kierspe

Vorsitzender: Marc Voswinkel
Anschrift: Buchenweg 2a 58566 Kierspe
Telefon: (0 2359) 906931 privat: (0 2269) 180622
eMail: Marc.Voswinkel@spd-kierspe.de



beschränkt. Es wurden Bildungsinvestitionen versprochen, umgesetzt werden aber Investitionen in Mörtel, Steine und Beton. Keine Verbesserung der Ausstattung, keine Verbesserung im Bereich der Lernmittel und keine Verbesserung in den technischen Standards unserer Schulen sind bei den zurzeit gegeben gesetzlichen Rahmenbedingungen über das Konjunkturprogramm II möglich. Festzuhalten bleibt: Über das Paket wird in keinem Maße die Qualität der Ausbildung unserer Kinder in unserer Stadt verbessert. Eine Bildungsoffensive ist das sicherlich nicht!

Zudem ist aus Sicht der SPD-Fraktion Fingerspitzengefühl bei den Maßnahmen gefragt, welche die Bürger weiter belasten werden. Ein Beispiel: Im Haushalt sind 600.000 Euro für die Kanalmaßnahme in Bürhusen eingestellt. Kosten, die größtenteils auf die Anwohner umgelegt werden. Aber auch diese sind von der Krise betroffen. Im Bereich der Kurzarbeit ist der Märkische Kreis, und damit auch die Stadt Kierspe, trauriges Schlusslicht in ganz Deutschland. Die Kurzarbeit bedeutet für die Familien herbe Einschnitte in Ihren Einkommen. Entsprechend weniger steht den Familien für ihre bestehenden Verpflichtungen zur Verfügung. Die SPD-Fraktion fragt daher, ob es sinnvoll sein kann, weitere Belastungen der Bürgerinnen und Bürger vorzunehmen. Sollten solche Maßnahmen nicht um ein oder zwei Jahre verschoben werden? Die Bürgerschaft weiß, dass wir solche Investitionen durchführen müssen und trägt diese Maßnahmen in der Regel auch mit. Sicherlich: Wir haben ein Abwasserbeseitigungskonzept dass mit den Genehmigungsbehörden abgestimmt wurde. Nur: Wenn die Stadt Flexibilität bei allem und jedem zeigen soll, dann müsste das auch für die Genehmigungsbehörden seine Gültigkeit haben.

Das Baugebiet „Östlich Rathaus“ ist sowohl von seinem Standort, als auch von seiner Zielsetzung eine richtige Entscheidung für unsere Stadt. Die SPD-Fraktion steht nach wie vor hinter dem Projekt und wir wünschen uns hier möglichst kurzfristig eine Bebauung der vorgesehenen Flächen. Alten- und behindertengerechtes Wohnen verbunden mit der Möglichkeit, jungen Familien hier ein neues Zuhause zu bieten, sind tolle Vorgaben die hier umgesetzt werden sollen. Der von der Politik beschlossene und leider noch nicht abschließend umgesetzte Bebauungsplan spiegelte diese Schwerpunkte wieder. Es bestand bis zur letzten Stadtplanungssitzung auch Einigkeit in der Politik darüber, dass in dieses Planverfahren nicht weitergehend eingegriffen werden sollte. Bürgerinnen und Bürger begleiten dieses Projekt intensiv und daher ist eine rechtlich einwandfreie Umsetzung dringend geboten. Den von der Verwaltung und der Mehrheit im Ausschuss Stadtplanung vorgeschlagene Weg, in dem jetzigen Stadium der Planung über einen vorhabenbezogenen Bebauungsplan eine Bebauung zuzulassen, sieht die SPD-Fraktion mit Blick auf die rechtlichen Grundlagen als sehr kritisch an. Unserem Erachten nach werden hierdurch Tor und Tür geöffnet, dem Vorhaben weiteren Schaden zuzufügen und die Gesamtmaßnahme zu verzögern und zu gefährden.

Im Gewerbegebiet Kiersperhagen hat das erste Unternehmen seine Heimat gefunden. Die Einigkeit innerhalb der im Rat der Stadt Kierspe vertretenen Fraktionen und auch die hervorragende Arbeit der Verwaltung haben zu diesem Erfolg geführt. Es bleibt abzuwarten, ob beim aktuellen wirtschaftlichen Umfeld schnell weitere Unternehmen für eine Ansiedlung gefunden werden können. Einigkeit macht stark und dient dazu, Ziele, auch gegenüber den übergeordneten kommunalen Stellen, durchsetzen zu können. Gleiches gilt hoffentlich auch bald für den Lausebergauftieg. Auch hier zeigt sich Politik einig über das Vorgehen und auch hier scheinen wir etwas bewegen zu können. Diese Entlastungsstraße ist das wesentliche kommunale Vorhaben für die kommenden Jahre und wir sollten weiterhin die Energie aufbringen, die uns bis heute soweit gebracht hat.

Die Bürgerinnen und Bürger beim Stadtmarketing haben ihre Arbeit aufgenommen. Der Gewerbeverein hat in diesem Bereich hervorragende Arbeit für unsere Stadt geleistet. Für die SPD-Fraktion steht fest, dass dieser Prozess ein richtiger Schritt zur Verbesserung der Identifikation der Menschen mit unserer Stadt ist. Nunmehr muss versucht werden, die sich hieraus ergebenden Möglichkeiten und Chancen zu nutzen. Dies bedeutet allerdings auch, dass Verantwortung übernommen werden muss. Es müssen Menschen gefunden werden, die den verschiedenen Perspektiven, die sich aus dem Stadtmarketingprozess ergeben, folgen können und sich dann in den Prozess einbringen. Gleiches gilt im Größeren auch für die Regionale Südwestfalen. Visionen und Ideen müssen in Konzepte umgesetzt und in den Prozess eingebracht werden. Die Bahnreaktivierung, Kooperation im Tourismus oder auch eine intensivere Zusammenarbeit im Bereich der Wirtschaft und der Unternehmen könnten Themen aus Kierspe für die Regionale Südwestfalen sein.

SPD-Fraktion im Rat der Stadt Kierspe

Vorsitzender: Marc Voswinkel
Anschrift: Buchenweg 2a 58566 Kierspe
Telefon: (0 2359) 906931 privat: (0 2269) 180622
eMail: Marc.Voswinkel@spd-kierspe.de



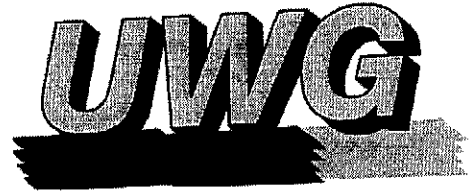
Handwerklich ist gegen die Aufstellung des Haushaltes nichts zu sagen. Die von mir angesprochenen Passagen im Haushalt wie die Kanalbaumaßnahme Bürhausen, die Ausstattung der Schulen oder den Ausbau der Brücke in Mühlenschmidthausen treffen nicht die Zustimmung der SPD-Fraktion. Dennoch wollen wir, damit eine wirtschaftliche Grundlage für die Verwaltung existiert und Maßnahmen, die auch unsere Zustimmung finden durchgeführt werden können, dem Haushalt zustimmen. Damit übernimmt die SPD-Fraktion Verantwortung für unsere Stadt. Wir gehen jedoch davon aus, dass eine weitere Verschlechterung der Haushaltssituation dazu führen muss, dass Maßnahmen zur Stabilisierung getroffen werden. Dies kann auch dazu führen, dass die Einschnitte schmerzlich sind, bereits beschlossene Maßnahmen nicht durchgeführt oder verschoben werden. Dies ist jedoch nach unserer Auffassung die einzige Möglichkeit, die Stadt Kierspe vor einem immer größer werdenden finanziellen Desaster zu bewahren.

Dank sagen möchte ich dem Bürgermeister, dem Kämmerer und allen anderen Mitarbeitern der Verwaltung sowie den Mitgliedern aller Fraktionen im Rat der Stadt Kierspe für die Zusammenarbeit im vergangenen Jahr. In diesen Dank schließe ich ausdrücklich auch die vielen Sachkundigen Bürger in den verschiedenen Ausschüssen der Stadt mit ein, die durch ihr Engagement und ihre Sachkompetenz immer wieder produktiv an den Entscheidungen zum Wohle unserer Stadt mitwirken.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

Marc Voswinkel
SPD-Fraktionsvorsitzender
Im Rat der Stadt Kierspe

Unabhängige Wählergemeinschaft Kierspe



UWG- Kierspe, Jahnstraße 13a, 58566 Kierspe

Stadt Kierspe
Herrn Bürgermeister
Frank Emde
Springerweg 21

58566 Kierspe

1. Vorsitzender:

Clemens Wieland
Jahnstraße 13a
58566 Kierspe
Tel.: 02359/ 2874

e-mail:

clemens.wieland.kierspe@t-online.de

Fraktionsvorsitzender:

Dieter Grafe
Vornholt 4
58566 Kierspe
Tel: 02353/ 4302
0173/5277884

Fax: 02353/665088
Kierspe, den 28.03.2009

Stellungnahme der UWG-Fraktion zum Haushalt 2009

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren!

Unser Bürgermeister und der Kämmerer haben sich mit ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern viel Mühe zur Aufstellung des Haushaltes 2009 nach dem neuen NKF gegeben. Der Plan ist übersichtlich und auch gut zu verstehen.

Der Haushalt 2009 kann nur durch große Kraftanstrengungen und durch Auflösung von Rückstellungen und durch das neue NKF noch einmal ausgeglichen werden. Was wir nicht wollen, sind Steuererhöhungen. Das wäre das falsche Zeichen. Nur eine vernünftige Gemeindefinanzreform kann den Kommunen helfen. Transferleistungen in Höhe von 52% stehen geringeren Steuereinnahmen und eine um € 1,1 Mill. niedrigere Schlüsselzuweisungen entgegen. Fond deutscher Einheit, soziale Leistungen und eine nicht mehr zu verantwortende Kreisumlage von € 11,5 Mill. sind die größten Posten.

Die veranschlagte Summe von € 2.7 Mill. für Investitionen begrüßt die UWG. Dabei schlägt die Erfüllung des ABK mit rund 2 Mill. am stärksten zu Buche. Gerade beim Umweltschutz, sei es die Abwasserbeseitigung oder die vielen Energieeinsparmaßnahmen ist Kierspe vorbildlich.

In Anbetracht der Weltwirtschaftskrise und den damit verbundenen Einbrüchen bei Gewerbe- wie Einkommensteuer ist der Haushalt 2009 ein reines Lotteriespiel. Eine Momentaufnahme da viele Zahlen nur auf Schätzungen aufgebaut sind, Das gleiche gilt auch für die Prognosen für die kommenden Jahre. Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit werden die sozialen Leistungen sprunghaft ansteigen lassen. Dies wird sich sicherlich wieder bei der Kreisumlage bemerkbar machen. Die großen Banken mit ihren unersättlichen Managern tragen die Hauptschuld an diesem Dilemma. Wertlose Kredite sind wie Wertpapier hin und her geschoben worden. Nicht die so unverantwortlich gehandelt haben, sondern wir Bürger weltweit müssen diese Suppe auslöffeln.

Es ist ein Skandal, dass Aufsichtsräte diesen skrupellosen Personen zudem noch hohe Abfindungen und Gehälter genehmigt haben. Genossenschaftsbanken und Sparkassen haben sich korrekt verhalten und sind zur Zeit ein Stabilitätsanker. Nicht der letzte Cent sollte es immer sein, sondern Sicherheit und Vertrauen ist wichtiger. In dieser Situation zeigt sich auch, wie wichtig ein starkes, gemeinsames Europa ist.

Mit Schwarzmalerei und Horrorzenarien kommen wir allerdings nicht weiter.

Presse und Medien tragen oft übertrieben dazu bei. Verzicht auf Investitionen und Konsum können die Wirtschaft nicht ankurbeln und vernichten noch mehr Arbeitsplätze. Konjunkturpakete sind sinnvoll, müssen aber schnell und unbürokratisch umgesetzt werden. Die Krise zeigt uns auch, wie exportabhängig Deutschland und vor allem auch unsere Region ist. Wir alle hoffen, dass diese Krise so schnell geht wie sie gekommen ist.

Für die **UWG Kierspe** ist es ein Spagat zwischen sparen und sich kaputt sparen. Die **UWG** richtet den Blick nach vorne, keine Zerschlagung der Infrastruktur, Investitionen in die Zukunft, in Kinder, Jugendliche, Bildung, Sport und auch an die Älteren in unserer Gesellschaft sind unser erklärtes Ziel. Bürgermeister, Politik und Verwaltung können stolz sein auf das in den letzten Jahren Erreichte. Der faire Umgang miteinander hat u.a. zu diesem Ergebnis beigetragen.

Diese gute Zusammenarbeit wollen wir konsequent, trotz aller Störfeuer einer kleinen Minderheit, die nur persönliche Ziele verfolgt, gemeinsam fortsetzen. Nur gemeinsame Beschlüsse aller im Rat vertretenen garantieren Erfolge bei übergeordneten Behörden.

Diese Störfeuer binden Verwaltungsarbeit und kosten den Kiersper Bürger nur unnötiges Geld. Wenn im Kommentar von Herrn Hasse in der MZ v.28.03.09 zu lesen war, Anträge von Pro Kierspe würden kurzerhand abgebügelt, so ist das der richtige Ausdruck. Unsinnige Anträge, Anschuldigungen an Bürgermeister, Verwaltung und Politik werden wir auch in Zukunft abbügeln. Selbst vor bewussten Falschdarstellungen scheut diese Gruppe nicht zurück. Den Politikern Klüngelei vorzuwerfen ist gelinde gesagt, unverschämt.

Das OVG in Münster hat in seinem Urteil den eingeschlagenen Weg der Stadt Kierspe mit der Auseisung von östlich Rathaus voll unterstützt. Die Meinung der Richter, Bevölkerungsschwund muss man durch anbieten von preisgünstigen Wohn- wie Gewerbeflächen, begegnen. Das Baugebiet östlich Rathaus ist auf eine Zeitspanne von 30 Jahren ausgelegt. Immer wieder von „Mega“ zu sprechen ist bewusst irreführend.

Kierspe hat sich in den letzten Jahren äußerst positiv entwickelt. Daran hat die **UWG** entscheidend mitgewirkt. Wir müssen jetzt das Erreichte erhalten und weiterhin in die Zukunft investieren.

Sanierungsmaßnahmen an Straßen und Gehwegen, städtischen Gebäuden, Straßenbeleuchtung, Kanalisation sind ein Paket von 5,5 Mill. Euro, von dem die heimische Wirtschaft profitieren kann.

Zu den folgenden für uns wichtigen Punkten beziehen wir wie folgt Stellung:

Die Entscheidung für **Östlich Rathaus** bedeutet einen Lückenschluss zwischen Bahnhof und Dorf. In der Nähe der bestehenden Einrichtung betreutes und altengerechtes Wohnen anzubieten ist äußerst wichtig. Damit tragen wir auch dem demographischen Wandel Rechnung. Genauso sinnvoll ist es, jungen Familien wenn möglich geförderte preisgünstige Wohnbebauung anzubieten.

Das **neue Einkaufszentrum Wildenkuhlen** war ein Schritt in die richtige Richtung. Wir konnten damit den Kaufkraftverlust in Kierspe stoppen und unseren Bürgern preisgünstiges und einkaufen auf kurzen Wegen ermöglichen. Wir sind dafür, dieses Gebiet noch attraktiver zu gestalten, z.B., um nur eins zu nennen, durch einen modernen Neubau nach Abriss des alten Tankstellengebäudes.

Eine weitere Neuansiedlung und Konzentration an anderer Stelle lehnen wir entschieden ab.

Die dezentralen Einkaufsmöglichkeiten an der Kölner Straße und Kierspe-Dorf sollten erhalten bleiben. Diese Entscheidung liegt jedoch nur beim Verbraucher, der diese Möglichkeiten auch annehmen muss.

Die **nördliche Entlastungsstrasse** ist auf Grund der Verkehrsprognosen nicht nur für die Zukunft äußerst wichtig. Der starke LKW-Verkehr ist für die Bürger an der Friedrich-Ebert- und Kölner Straße auf Dauer nicht tragbar. Was unsere Nachbarkommunen schon lange haben, muss auch für Kierspe möglich sein. Eine Anbindung an die L 528 am Handweiser hält die **UWG** für sinnvoll. Entscheidungsträger sind jedoch leider übergeordnete Behörden.

Die **Südümgehung** ab dem neuen Gewerbegebiet Kiersperhagen wäre eine sinnvolle Ergänzung.

Auch für Bollwerk muss es auf Dauer eine sinnvolle Lösung geben. Hier ist der Märkische Kreis Entscheidungsträger.

Die erfolgten **Energiesparmassnahmen** an Schulen und öffentlichen Gebäuden sowie Brandschutz und Sanierungsmaßnahmen müssen dort, wo sie noch nicht erfolgt sind, weitergeführt werden. Der Energiebericht der Verwaltung hat ganz klar erwiesen, dass die beschrifteten Wege richtig waren und viel eingespart werden konnte.

Kierspe kann froh sein, private **Kindergarten**-Träger zu haben. Durch die neue Gesetzgebung wird die Finanzierung jedoch immer schwieriger. Die Landesregierung, die immer ihre Kinder- und Jugendfreundlichkeit herausstellen, stehlen sich immer mehr bei der Finanzierung aus der Verantwortung und lassen die Kommunen im Regen stehen.

Wir sollten nicht den Fehler machen, trotz der angespannten Finanzlage bestehende Einrichtungen wie z.B. **Bücherei, Hallenbad und Musikschule** nicht auch weiter zu unterstützen.

Fördervereine leisten hier eine vorbildliche Arbeit. Wir sind dankbar für alle Eltern und Elterninitiativen. Sie werden immer wichtiger in Zeiten leerer Kassen.

Wenn wir Kierspe attraktiv halten und noch lebenswerter machen wollen, müssen wir solche Angebot unbedingt aufrechterhalten. Nur eine lebens- und liebenswerte Stadt zieht auch neue Einwohner und Investoren an.

Dazu gehört auch eine gute ärztliche Versorgung und Notfallversorgung. Die UWG ist froh, dass sich auch die CDU unseren Aktivitäten angeschlossen hat und unterstützt. Unserer Resolution stimmten alle Parteien zu.

Die neue **Sporthalle** ist ein Garant für die sportlichen Aktivitäten in der Stadt Kierspe. Leider ist der Antrag der UWG und FDP, einen Teil der Sportpauerschale, die vom Land zugewiesen wird, für Vereine mit eigenen Immobilien abzuzweigen, von der Mehrheit nicht angenommen wurde. Nur wenn es die finanziellen Möglichkeiten der Stadt erlauben, können Gelder zur Verfügung gestellt werden.

Die UWG wird auch in diesem Jahr dem Haushalt zustimmen, trotz der vielen Unwägbarkeiten.

Die UWG bedankt sich bei allen Verwaltungsangehörigen für ihre geleistete Arbeit. Dieser Dank gilt insbesondere dem Kämmerer und seinem Team.

Die UWG bedankt sich bei allen Ratskolleginnen und Kollegen, allen Ausschussmitgliedern aller Fraktionen für die Zusammenarbeit, sowie bei allen Mitbürgern, die sich zum Wohle der Stadt eingesetzt haben.

Ein besonderer Dank gilt unserem Bürgermeister Frank Emde, den wir von Anfang an unterstützt haben und den wir auch für die nächste Legislaturperiode für den am besten geeigneten Bürgermeister halten.

Dieter Grafe
Fraktionsvorsitzender der UWG Kierspe

Anlage 4

Bündnis 90/Die Grünen
Fraktion im Rat der Stadt Kierspe

Haushaltsrede 2009

Wir alle wissen: 2009 wird konjunkturell ein rabenschwarzes Jahr. Die **globalisierte Wirtschaft** wurde von raffinierten Managern und skrupellosen Finanzhaien an die Wand gefahren. Damit ist der neoliberale Turbokapitalismus gescheitert. Endlich sind sich die meisten Staatenlenker einig: nur eine transparente geregelte **soziale und ökologische Marktwirtschaft** kann die Megakrisen dieser Erde lösen – von der weltweiten Rezession bis zur drohenden Klimakatastrophe.

Die milliardenschweren Stützungsinstrumente der Bundesregierung sind insgesamt vernünftig. Allerdings hätten wir Grüne uns mehr umweltbezogene Anreize gewünscht bei den beiden **Konjunkturprogrammen**. Auch Kierspe wird vom unerwarteten Geldsegen aus Berlin profitieren, vor allem die sanierungsbedürftigen Schulanlagen.

Unsere heimischen Firmen bekommen dadurch Aufträge und sichern damit wichtige Arbeitsplätze. Die **energetische Optimierung** der städtischen Gebäude muss weiter vorangetrieben werden. Letztlich sind die ständig steigenden Energiekosten nur in den Griff zu bekommen, wenn in **Wärmeschutz, Heizungstechnik und Stromsparen** investiert wird.

Unser **Haushaltsplan** ist auf Grund des NKF unter Berücksichtigung der Ausgleichsrücklage **virtuell noch ausgeglichen**. Deshalb steht unsere Grünenfraktion weiterhin zur **freiwilligen Haushaltssicherung**, um die neuen „Geldschlaglöcher“ – Minderung der Einkommenssteuer und Gewerbesteuer – schultern zu können.

Der Kämmerei ist zu danken, dass unsere guten **Bürgereinrichtungen** nicht angetastet werden, wie Stadtbücherei, Hallenbad, Musikschule sowie Sportstätten. Auch im Kinderbereich tut sich erfreuliches: so soll die Bismarckschule ein **offenes Ganztagsangebot** bekommen. Um armen Familien konkret zu helfen, hat das Land Nordrhein-Westfalen das Projekt „**Kein Kind ohne warme Mahlzeit**“ aufgelegt. Wir Grüne hätten uns gewünscht, dass diese sinnvolle Unterstützung auch bedürftige Kindergartenkinder bekommen würden.

Im Bereich **Jugendpolitik** ist eine **Bildungspartnerschaft** zwischen Gesamtschule und Volkshochschule gebildet worden. Damit kann die berufliche Qualifizierung von Schülerinnen und Schülern verbessert werden. Auch die Förderung der Berufsfähigkeit durch die neu gegründete „**Fischerstiftung**“ ist vorbildlich.

Trotz schwierigster Wirtschaftslage ist es uns gelungen, im neuen **Gewerbegebiet „Kiersperhagen“** heimische Unternehmen anzusiedeln. Dasselbe hoffen wir im Bereich „**Hammerwiesen**“ durch die im Bau befindliche Brücke über die Volme.

Die Abrundung der Kiersper Mitte durch den ersten Bauabschnitt von „**Östlich Rathaus**“ unterstützt unsere Fraktion ausdrücklich. Vor allem gilt es die geplante **Senioreneinrichtung** zu verwirklichen, angesichts der bekannten demografischen Entwicklung. Auch junge Familien sollen die Chance erhalten, **zentrumnahe Wohnhäuser** bauen zu können.

Zum Thema „**Verkehrsentwicklung**“ ist von uns Grüne folgendes zu sagen: Die geplante Nordumgehung mit Kosten von weit über 10 Millionen Euro passt finanziell noch ökologisch in die Kiersper Landschaft. Deshalb lehnen wir auch den **Lausebergauftieg** weiterhin entschieden ab. Wichtig für die Zukunft allerdings ist der geplante **Busknotenpunkt** am Hammerkamp, sowie mittelfristig die Reaktivierung der **Volmetalbahn**. Zum aktuellen Streitpunkt „**Umweltbeauftragter**“ sollte der Bürgermeister eine geeignete Person aus der Verwaltung kostenneutral ernennen.

Das aktiv betriebene **Stadtmarketing** weckt Hoffnung, eine Attraktivitätssteigerung zu erreichen. Dazu ist allerdings die breite, **kreative Bürgerbeteiligung** notwendig, außerdem Gemeinschaftsaktionen von Handwerk, Handel und Gewerbe. Vielleicht wird es auch einmal das **touristische Highlight** „begehbare Schanhollenhöhle“ geben. Doch städtische Schandflecke wie der alte Bahnhof Vollme müssen schnellstens verschwinden.

Unsere Fraktion ist froh, dass die **heimischen Vereine und Organisationen** zahlreiche Angebote zur **sinnvollen Freizeitbeschäftigung** machen, um dem stundenlangen Sitzen vor Bildschirmen und Internetspielen entgegen zu steuern. Besonders lobenswert ist die neugegründete „**Allianz für den Sport**“. Dadurch können zusammen mit dem Stadtsportverband wichtige Vereinsprojekte einvernehmlich finanziert werden.

Abschließend fordern wir Grüne in der nächsten Ratsperiode ein **nachhaltiges Klimaschutzkonzept**, damit in Kierspe mehr erneuerbare Energien aus Sonne, Wind, Wasser, Erdwärme und Biomasse genutzt werden können. Denn auch die **nachfolgenden Generationen** haben ein Recht auf ein unversehrtes Leben.

Fazit dieser Haushaltsrede:

Angesichts der riesigen Wirtschafts- und Finanzkrise hat uns die Verwaltung einen **verantwortungsbewussten Sparhaushalt** vorgelegt.

Deshalb stimmen wir diesem Etat 2009 zu!

Wir danken allen Mitarbeitenden der Stadt Kierspe für ihre engagierte Arbeit und den anderen Ratsfraktionen für die faire Streitkultur.

Martin Kulosa

Kierspe, 31.3.2009



FDP Fraktion im Stadtrat der Stadt Kierspe

Armin Jung

Fraktionsvorsitzender

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren,

in diesem Jahr einen Haushaltsplan zu beschließen, ist keine einfache Angelegenheit. Wurden uns noch im letzten Jahr immer wieder positive Steuerschätzungen vorgelegt, so veränderte sich dies im 4. Quartal drastisch. Durch die Bankenkrise, die ihren Ursprung in Amerika hatte, entwickelte sich eine Weltwirtschaftskrise, wie man sie nach dem 2. Weltkrieg noch nicht erlebt hat.

Dies hat natürlich auch Auswirkungen auf den Haushalt der Stadt Kierspe. Die veränderten wirtschaftlichen Voraussetzungen konnten von der Verwaltung Ende 2008 nicht erahnt werden.

Das Zahlenwerk, das uns im Januar vorgelegt wurde, machte uns Hoffnung noch einmal mit einem ausgeglichenen Haushalt in das neue Jahr zu gehen und notwendige Investitionen umsetzen zu können.

Doch bereits während der Haushaltsberatungen war festzustellen, dass die Steuerschätzungen in der Größenordnung wie sie angesetzt wurde nicht eintreffen werden.

Die Verwaltung hat zwar bei der Schätzung der Gewerbesteuer für 2009 schon einen niedrigeren Wert angenommen als den der 2008 tatsächlich erreicht wurde, doch die neusten Schätzungen zeigen einen noch stärkeren Rückgang.

Meine Damen und Herren,

ich möchte in diesem Zusammenhang wie auch schon in den vergangenen Jahren darauf hinweisen, dass die FDP bereits im Jahr 2005 eine Gemeindefinanzreform auf den Weg bringen wollte.

Durch die Abschaffung der Gewerbesteuer und einer stärkeren Beteiligung der Kommunen an der Umsatzsteuer hätten wir heute eventuell eine bessere finanzielle Planungssicherheit.

Leider konnte diese Reform mit unseren Koalitionspartnern der Union noch nicht umgesetzt werden. Wir werden aber die Hoffnung nicht aufgeben, eine gerechte Finanzierung der Kommunen weiter voran zu treiben.

Doch zurück zu der Finanzlage der Stadt Kierspe. Durch das Konjunkturpaket II werden der Stadt Kierspe 1,9 Mio. Euro für Investitionen zur Verfügung gestellt.

Knapp 1,2 Mio. für den Schwerpunkt Bildung und 0,7 Mio. Euro für die Infrastruktur. Das in Berlin der Begriff „Bilden“ so ausgelegt wurde, diese Investition nicht in bessere Bildungsmöglichkeiten für unsere Schüler einzusetzen, sondern in die Bildungseinrichtungen, ist sicherlich fragwürdig.

Sicher jedoch ist, dass wir jetzt in Kierspe die Möglichkeiten haben, Investitionen an unseren Schulen durchführen zu können, die schon lange notwendig sind.

Das Positive hierbei ist, dass durch die Sanierungen von Fenstern, Heizungen und Dämmmaßnahmen Einsparungen im Energiebedarf für die nächsten Jahre erreicht werden können.

Es ist auf jeden Fall wichtig, dass die Mittel schnellst möglich eingesetzt werden können damit unsere heimischen Unternehmen auch davon profitieren.

Voraussetzung dafür ist natürlich ein Haushalt der verabschiedet wird.

Meine Damen und Herren,

wir - die FDP - haben uns lange Gedanken gemacht, ob es richtig ist, bei dieser unsicheren Finanzlage heute den Haushalt zu verabschieden. Doch was bringt es weiter zu warten. Ein Warten würde nur bedeuten, dass wenn wir keine Investitionen planen, wir auch keine Mittel aus dem Konjunkturpaket nutzen können.

Jeder Blick in die nächsten Monate ist wie Kaffeesatzleserei. Keiner kann genau sagen, wann und wie sich die Wirtschaft wieder erholt.

Wichtig ist bei den vielen Projekten in Kierspe handlungsfähig zu bleiben und diese weiter voran zu bringen.

Auf einige dieser Aufgaben möchte ich nun gerne eingehen. Ganz aktuell konnten wir in den letzten Tagen die gute Nachricht von Horst Becker vernehmen, dass der Lausebergaufstieg vom Land NRW inzwischen mit hoher Priorität eingestuft wurde. Gut, dass wir weiter geplant und entsprechende finanzielle Mittel für die Weiterführung in den Haushalt eingestellt haben. Nur durch Planung und Umsetzung kann sich eine Stadt weiter entwickeln.

Dasselbe gilt auch für das Baugebiet Östlich Rathaus. Wenn wir hier nicht gemeinsam den eingeschlagenen Weg konsequent weiter verfolgt hätten, stände Kierspe kein Baugebiet zur Verfügung, bei dem die Stadt selbst steuern kann wie sich die zur Verfügung stehenden Flächen entwickeln. Der Plan, hier Wohnraum für alte und junge Menschen zu bezahlbaren Grundstückspreisen zu schaffen, ist der richtige Weg. Dies wurde sogar bei der Urteilsverkündung des OVG Münster erwähnt. Eine Stadt, die offenkundig mit einer zurückgehenden Bevölkerungszahl konfrontiert ist, muss gezielt planen, damit diese Entwicklung bestmöglich aufgefangen werden kann. Die zentrale Lage „Östlich Rathaus“ und die Kombination Wohnraum für Alt und Jung zu schaffen, wurde ausdrücklich gelobt.

Auch hier sind die entsprechenden Mittel zur Weiterführung des Bauprojektes im Haushalt enthalten.

Meine Damen und Herren,

eine weitere Erfolgsstory für Kierspe ist sicherlich die weitere Entwicklung des Gewerbeparks Wildenkühlen. Zentral in Kierspe stehen uns hier Einkaufsmöglichkeiten zur Verfügung, die weiter ausgebaut werden müssen. Ein neues Landesgesetz, das die Festlegung eines zentralen Zentrums fordert, als auch die Überarbeitung des Einzelhandelsgutachtens, wird dies sicherlich auch erkennen. Auch die weitere Entwicklung des Gewerbegebiets Kiersperhagen ist sicherlich

2009 eine schwere Aufgabe. Die wirtschaftliche Situation wird sicherlich nicht dazu beitragen, dass Interessenten Schlange stehen. Doch durch die ständigen Bemühungen unserer Verwaltung, Gewerbetreibende für Kierspe zu gewinnen, bin ich zuversichtlich, dass trotz schwerer Zeiten Interessenten gefunden werden, die ihre Firmen in Kierspe ansiedeln.

Dies sind nur einige Punkte, die im Fokus des Jahres 2009 stehen und für die entsprechende Haushaltsmittel zur Verfügung gestellt werden müssen.

Meine Damen und Herren,

der größte Teil der Ausgaben ist jedoch nur schwer beeinflussbar. Die Transferaufwendungen machen 48% der Ausgaben unseres Haushaltes aus. Das sind 15,5 Mio. Euro, davon sind alleine 11,4 Mio. Euro für die Kreisumlage aufzuwenden. Bei der Kreisumlage muss allerdings herausgestellt werden, dass der Märkische Kreis in diesem Jahr auf eine Erhöhung der Kreisumlage verzichtet hat, obwohl auch dort die Aufwendungen z.B. für die Grundsicherung immer stärker ansteigen.

Sollte nicht kurzfristig für Kommunen und Kreise eine gerechte Lösung zur Finanzierung ihrer Haushalte gefunden werden, ist es kaum möglich einen ausgeglichenen Haushalt aufzustellen. Der Fehlbetrag von 2,7 Mio. Euro kann in diesem Jahr noch einmal durch die Ausgleichsrückfrage ausgeglichen werden.

Der Rückgang bei der Gewerbesteuer kann durch Auflösung von Rückstellungen durch das Konjunkturpaket II teilweise aufgefangen werden. Durch das sehr gute Haushaltsjahr 2008 wird das Defizit vorsichtig geschätzt um eine Million geringer ausfallen. All diese Faktoren führen dazu, dass mit dem eingebrachten Zahlenwerk 2009 geplant werden kann. Sollten sich weitere drastische Veränderungen ergeben, kann mit Hilfe eines Nachtragshaushaltes oder einer Haushaltssperre weiter gearbeitet werden.

Wichtig ist es den weiteren Verlauf ganz genau zu beobachten.

Zum Schluss möchte ich neben dem Bürgermeister Frank Emde, auch dem Kämmerer Martin Gebhardt, stellvertretend für die gesamte Verwaltung, für die engagierte Arbeit bei der Erstellung des Haushaltes danken.

Mein Dank geht auch an alle im Rat der Stadt Kierspe vertretenden Fraktionen, für die gute Zusammenarbeit.

Die FDP- Fraktion stimmt dem Haushalt und dem damit verbundenen Zahlenwerk zu.

Armin Jung
Fraktionsvorsitzender der FDP
im Rat der Stadt Kierspe

Anlage 6

Carsten Möller
Heinestr. 1
58566 Kierspe
(Fraktionsloses Ratsmitglied)

Gedanken zum Haushalt der Stadt Kierspe 2009.

Als mir Ende Januar der HH 2009 vorgelegt wurde, war mir bewusst, dass dieser so nicht stimmen wird. Nun haben sich die Zahlen bei den Steuern weiterhin dramatisch verschlechtert. Jeden Tag bringen die Medien neue "Horormeldungen" aus der Weltwirtschaft. Dank geringerer HH-Ausgaben von ca. 1 Mio. Euro in 2008 rutschen wir nicht schon in diesem Jahr ins HSK. Um das auch weiterhin zu vermeiden, muss der Grundsatz gelten, dass wir nur mit einer ernst gemeinten Investitionspolitik den Dampfer HH in die Zukunft steuern können. Jede Investition gehört daher bei Verwaltung und Politik auf den Prüfstand. Auf Begehrlichkeiten, wie wir sie uns noch im Jahre 2008 erfüllt haben, muss grundsätzlich verzichtet werden. Wir sollten uns stets vor Augen halten, dass wir unseren Kindern nicht einen Schuldenberg hinterlassen dürfen, den diese nicht mehr überschauen können. Wir müssen unseren Kindern ein Kierspe hinterlassen, in dem es sich auch weiterhin zu leben lohnt.

Da auch ich ernsthafte Verantwortung für diesen HH mittragen möchte, werde ich als fraktionsloses Mitglied dieses Rates dem HH 09 zustimmen.

Packen wir den HH an, gemeinsam werden wir die Ziele der Kämmerei erreichen.

Carsten Möller



STADT KIERSPE

VORHABENBEZOGENER BEBAUUNGSPLAN NR.18

„Seniorenzentrum Östlich Rathaus“

